

Landesämter setzen strengere Sicherheitsauflagen durch

Neue Tongruben für 660 000 Tonnen Giftmüll / Keine Ölschlämme

Eigener Bericht ut. Hannover/Hildesheim

Die Bezirksregierung Hannover hat sich entschlossen, die Sicherheitsauflagen für die geplante Erweiterung der größten deutschen Sondermülldeponie in Hoheneggelsen (Kreis Hildesheim) noch einmal zu verschärfen. Wie berichtet, will die Regierung der Dr. Dr. Anton Maier AG (Uetze-Dallbergen), die die Industriemüllgruben betreibt, den Ausbau ihrer Lagerflächen um 127 000 Quadratmeter genehmigen. Zu den ursprünglich nicht beabsichtigten zusätzlichen Auflagen für die Maier AG wurde die Bezirksregierung durch Einsprüche der Landesämter für Bodenforschung und Wasserwirtschaft genötigt.

Die beiden Fachbehörden haben mit ihren Bedenken einen von der Bezirksregierung verfaßten Planfeststellungsbeschluss zu Fall gebracht. In der überarbeiteten Fassung des Beschlusses wird der Katalog der Stoffe, die in Hoheneggelsen eingelagert werden sollen, noch einmal eingeschränkt: Dem Unternehmen soll jetzt ausdrücklich untersagt werden, in seinen neuen Gruben ölhaltige Schlämme abzulagern. Wie es heißt, ist der Ausschluß von Ölschlämmen und anderer lösungsmittelhaltiger Abfälle auf die Beseitigung zurückzuführen, diese Stoffe könnten im Laufe der Zeit mit den in Hoheneggelsen eingelagerten Dioxinen in Berührung kommen und dann als „Mobilisations- und Transportmittel“ wirken. In den Poldern der Deponie Hoheneggelsen sind – so das Ergebnis der Beweisaufnahme des parlamentarischen Untersuchungsausschusses für Sondermüllbeseitigung – rund 40 Tonnen Dioxine eingelagert, darunter allein zirka neun Tonnen des extrem gefährlichen Seveso-Dioxins.

Durch diese Entscheidung fühlt sich die Maier AG hart getroffen. Nach ihren Angaben waren etwa 18 Prozent aller eingelagerten Stoffe organische lösungsmittelhaltige Abfälle. Zusätzlich werden in dem Planfeststellungsbeschluss die Grenzwerte für Stoffe mit chlorierten Kohlenwasserstoffen niedriger als bisher ansetzen, so daß auch diese Abfallgruppen künftig in Hoheneggelsen nur in geringerem Umfang angelagert werden dürfen.

Bei den geologischen Untersuchungen der Erweiterungsflächen wurden die Durchlässigkeitswerte von 10 - 7 im West-, Ost- und mittleren Bereich erreicht, häufig sogar noch übertroffen. Im Süden wurden allerdings wesentlich geringere Dichtigkeiten

gefunden. Der Maier AG ist deshalb die beantragte Süderweiterung (100 000 Quadratmeter) abgelehnt worden.

Die neuen Giftmüllpolder sollen durch 24 Kontrollbrunnen überwacht werden, aus denen viermal jährlich Wasserproben untersucht werden müssen. Auch hier hatte sich die Bezirksregierung Hannover erst zu einer Verschärfung der Auflagen entschlossen, nachdem die beiden Landesämter Widerspruch eingelegt hatten. Die Regierung hatte in ihrer ersten Beschlussfassung die Maier AG nur zum Bau von neun Brunnen verpflichtet wollen.

Darüber hinaus sind nachträglich auch die Passagen über Sicherheitsleistungen und Versicherungen geändert worden. Die Regierung hatte ursprünglich nur eine Sicherheitsleistung in Höhe von 400 000 Mark von der Maier AG verlangt, die diese für den Fall hinterlegen sollte, daß sie durch verbotene Einlagerungen Schäden verursacht. Diese Rücklage ist jetzt auf eine Million Mark erhöht worden. Umstritten bleibt der Nachweis einer Versicherung, die die Maier AG in Höhe von einer Million Mark für Personen- und Sachschäden abschließen muß. Sollte die Deponie in Hoheneggelsen später tatsächlich saniert werden müssen, ist absehbar, daß diese Summe nicht ausreichen werden.

Nach einem Gespräch mit Vertretern der Bezirksregierung Hannover über die Auflagen für die Deponierweiterung äußerten Sprecher der Maier AG Zweifel, ob die Sondermülldeponie unter diesen Umständen wirtschaftlich arbeiten kann. Gegenwärtig verlangt die Maier AG für die Einlagerung einer Tonne Sondermüll in Hoheneggelsen 150 Mark. Dieser Preis müßte nach Berechnungen der Maier AG



Die Sondermüllgruben in Hoheneggelsen sind fast voll. Neue Polder sollen zuerst im Osten neben der bestehenden Anlage (Bildrand) erschlossen werden.



verdoppelt werden, wenn die Deponie den Auflagen entsprechend ausgebaut würde.

Wie bisher sollen in Hoheneggelsen saure und alkalisch reagierende Abfälle in getrennten Deponiegruben abgelagert werden. Die neuen Gruben sollen zuerst im mittleren und östlichen Anschluß der bestehenden Sondermülldeponie ausgehoben werden. Sie sollen 20 bis 30 Meter tief ins Tongestein vorgetrieben werden und insgesamt 660 000 Tonnen Sondermüll aufnehmen. Das entspricht einer voraussichtlichen Betriebsdauer der neuen Anlage von mindestens zwölf Jahren. Die Polder sollen sofort nach dem Erlass des Planfeststellungsbeschlusses ausgehoben werden. Zu diesem Zweck wird die Bezirksregierung bei ihrem Beschluss die „sofortige Vollziehbarkeit“ anordnen. Dies wird damit begründet, daß die niedersächsischen Industrie- und Gewerbebetriebe zu

Zeit keine ausreichende Möglichkeit zur Sondermülllagerung haben.

Die Bezirksregierung rechnet damit, daß sie den Beschluss spätestens Ende Juni der Maier AG und den 388 Bürgern zugestellt haben wird, die gegen die Erweiterung Einwände erhoben haben. Einzige Unwägbarkeit, ob der ausgearbeitete Beschluss noch einmal geändert werden muß, ist das ausstehende toxikologische Gutachten. In ihm sollen die Risiken einer Vergiftung der durch die Einlagerung gefährlicher Industrieabfälle in Tongruben geschätzt werden. Dieses Gutachten wird erst Anfang Juni vorliegen. Von besonderer Bedeutung für die Gutachter ist dabei die Qualität der gewachsenen Tonschichten im Raum Hoheneggelsen, die eine Mächtigkeit von 200 bis 300 Metern haben. Die Geologen haben längst von der Vorstellung Abschied genom-

men, daß Ton absolut dicht ist und auch keine giftigen Stoffe aus sich herausgetragen werden könnte.

Wichtiger Indikator der Dichtigkeit ist der sogenannte Duschwert, der den Widerstand des Wasser durchflossenen Gesteins anzeigt. Die Bezirksregierung Hannover hat von der Maier AG die Anforderung gestellt, daß im Jahr 3,1 Liter Wasser pro Quadratmeter im Gestein stagnieren dürfen. Weiterer Indikator ist die Regierung durch Tonwände und Böden der Deponie, die gewachsenen Ton noch einzuverdichten sollen.